

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 8

Duisburg, den 21. Februar 1925

26. Jahrgang

Unternehmerverbände und Arbeiterschaft

Daß die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterschaft von den deutschen Unternehmerverbänden lernen müssen, ist weniger ein Vorwurf als die Feststellung einer Notwendigkeit. Der Arbeiter, oft der Gewerkschaftler, ja selbst mancher Gewerkschaftsführer, kennt das „andere Ufer“ zwar als festgefügt Ganzes mit bedeutenden Kapitalkräften, mit mehr oder weniger scharfmacherischer Einstellung, aber er kennt oft nicht die Wurzeln der Ueberlegenheit, ja sie sind ihm nicht selten innerlich vollkommen fremd.

Die Gewerkschaftsbewegung befindet sich heute auf dem Wege vom Instinktmäßigen zum Bewussten, von der Einstellung auf das Spontane, Zufällige, rein Agitatorische zu dem verstandesmäßigen Durchbringen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zustände und der sich daraus ergebenden Forderungen. Wenn man heute von einer Krise der Gewerkschaftsbewegung reden will, ist es höchstens die, daß die Masse dem ihr eigenen Gesetz der Schwerkraft folgend, innerlich den Weg vom gefühlsmäßigen zum verstandesmäßigen Erfassen gemisser Notwendigkeiten noch nicht gemacht hat, ganz gleich, ob diese Notwendigkeiten auf wirtschaftspolitischen oder staatspolitischen Gebiet liegen. Sicher, nichts ist gefährlicher für eine Bewegung als Impulslosigkeit, aber nichts ist auch ein schlechteres Fundament für den Aufstieg als Nur-Gefühl. Die Gewerkschaftsbewegung mußte in ihrem Entwicklungsweg von der rein agitatorischen Betrachtung der Handlungswelt zur bewussten Einordnung und damit auch zum Gedanken der Unterordnung ihrer Interessen unter diejenigen der Gesamtheit kommen. Daß große Teile der Arbeiterschaft darin nicht nachfolgten, zum Teil leider bedingt durch die falsche Einstellung der sozialistischen Gewerkschaften, darin liegt der Hauptgrund des Aufstiegers der sozialen Reaktion.

Die Arbeiterschaft ist sich vielfach gar nicht bewußt, daß sie einem wesentlich anderen Gegner gegenübersteht als 1905 oder 1910. Zwar sind die Personen des „andern Ufers“ noch vielfach dieselben und doch sind sie auch innerlich andere geworden. Aus dem Unternehmertyp der Vorkriegszeit, eigenwillig, stark, knorrig, groß im Haß und in der Liebe, jeder sein eigener „Sozialpolitiker“ und selbstherrlich, ist der Verbandsmensch geworden; man ist enger zusammengerückt, die Unternehmerorganisation ist das Sprachorgan, die Konzentration aller Belange. Anarchie, Einflüsterungen, das Waffenarsenal der sozialistischen Kräfte. Die Front ist verbreitert, und vor allem ist die Ansicht „objektiver“ geworden. Der Unternehmer alten Stils stand im Leben seiner Betriebe und damit auch der Fortschritt seiner Mitarbeiter. Der Unternehmer von heute hat seine Belange in der Öffentlichkeit, seine sozialpolitischen Ansichten, seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem Arbeitgeberverband zur Verfügung übergeben. Der Arbeitgeberverband ist aus dem lebendigen Strom des Betriebs herausgehoben, seine Sozialpolitik ermisst sich nach Meinungen und Indizes, sein Eumodus ist der mechanische Rechenfehler mit der stillschweigenden Aufgabe, die Gewerkschaften jedenfalls nicht stärken werden zu lassen. Das Arbeitsgebiet ist nach „wissenschaftlicher Betriebsführung“ zerlegt, aus den zerplitterten Kämpfen um Lohn und Arbeitszeit in der Vorkriegszeit haben die Unternehmerverbände zusammenhängende Kampfgebiete gemacht, auf deren Schachbrett sie verstandesmäßig, kühl und nüchtern und darum um so gefährlicher ihre Züge machen. Der Unternehmertyp Harald Tenges der Eisenhütte Schloß Holte, der eine Streikversammlung 1912 führte oder erlebte durch sein Pistolsolo: „Du bist verrückt mein Kind“, diese gewissermaßen persönliche Anteilnahme am Geschehen, ist längst ausgestorben, aber unter der Arbeiterschaft hat der umgekehrte Harald-Tenge-Typ noch Ende 1923 Gräber geschaufelt. Galan konstituiert und durch seine übereilte und sprunghafte Einstellung noch Ende 1924 Streiks injiziert, die den Stempel des Verlierens an der Stirn tragen.

Die Arbeiterschaft steht heute vor der Notwendigkeit, der weit im voraus überlegenden Art der Unternehmerverbände den gleichen sachlichen Willen entgegenzusetzen. Es ist nun zwar das Schicksal jedes jungen Wesens und daher auch des industriellen Arbeiterstandes, aus der Minute, dem augenblicklichen scheinbaren Vorteil und dem Gefühl, etwas scheinbar zu erreichen, zu handeln. Aus dieser Einstellung erklären sich die vielen Streiks, die auch heute noch über die Köpfe der Führer hinweg entbrennen. Man steht eben nur den Komplex des eigenen Betriebes, aber überblickt nicht den Komplex der Fragen wirtschaftlicher, arbeitsrechtlicher, taktischer oder finanzieller Natur. Und besonders über den letzteren stürzt die Masse oft mit dem ganzen Gefühl jugendlicher Unbekümmertheit hinweg, ohne zu bedenken, daß auch beim Ringen auf dem Arbeitsmarkt das Recht an so besser „sein Recht“ behaupten kann, je mehr es durch starke Finanzen gestützt ist. Wir sind leider noch nicht so weit, daß das Recht allein ohne andere Hilfsmittel sich durchsetzen kann.

Die Kampfart der Unternehmerverbände ist demgegenüber von einer amerikanischen Kühheit und man nimmt sogar vorübergehende Schwächen in Kauf, um die Gesamtposition zu bessern, ja, man gewährt selbst scheinbar der Arbeiterschaft Vorteile, um sie später um so sicherer zu fassen. Es ist feststehend, wie wenig die deutsche Arbeiterschaft aus ihrer gewerkschaftlichen Geschichte und von ihrem Gegner lernt, um es selbst zu verwerten. Nur ein Beispiel. In Frankfurt war Ende 1918 die 46stündige Arbeitswoche unter dem Druck der Arbeiter- und Soldatenräte von der Industrie angenommen worden. In dem Bewußtsein der Schwierigkeit, der Arbeiterschaft einer einzigen Stadt eine solche Arbeitszeit zu nehmen, beschloß die süddeutsche Metallindustrie, zunächst das Gebiet der 46stündigen Arbeitswoche zu verbreitern, um so eine möglichst große Anzahl Arbeiter in später sich entspinnende Kämpfe verwickeln zu können. Am 15. Juni 1919 wurde im Paragraf 1 des Heidelberger Kollektivabkommens die 46stündige Arbeitswoche für die ganze süddeutsche Metallindustrie angenommen. Revolutionäre schlugen Purzelbäume vor Freude. Zwei Jahre unterminierten die süddeutschen Arbeitgeberverbände in der Öffentlichkeit die 46 Stundenwoche, und Anfang 1922 kam es zum Kampf, der zur Niederlage wurde. Die Metallarbeiterschaft war geschwächt, die Klassen der Metallarbeiterverbände waren sehr in Mitleidenschaft gezogen, und freiwillige Sammlungen bei den Arbeitern Norddeutschlands stießen auf die Entgegnung: „Wir müssen auch 48 Stunden arbeiten.“

Die raffinierte Taktik und auf Jahre eingestellte Strategie der Unternehmerverbände hatte einen eklatanten Sieg davongetragen über die Kurzsichtigkeit der Jagd nach Augenblickserfolgen, die der sozialistische Metallarbeiterverband aus revolutionärem „Elan“ heraus beliebte.

Jetzt der umgekehrte Fall. Unter dem Druck wirtschaftlicher und gewerkschaftstaktischer Momente mußte 1923 vordringlich der Achtstundentag selbst in der Schwerindustrie aufgegeben werden. Es war ein Kräfte sammeln für spätere Zeit. Das nahm große Teile der Arbeiterschaft zum Anlaß, der Organisation den Rücken zu kehren. Das rein Gefühlsmäßige siegte wiederum über die Forderung, die die gewerkschaftliche Notwendigkeit eingab. Die Arbeiterschaft ist in manchen Teilen noch viel zu sehr der Ansicht, daß Geschichte mit Ueberchwang oder Radikalismus gemacht werden könnte, die doch in den weitaus größten Zügen nur eine gewaltige, wenn auch oft unbewusste Rechenaufgabe ist. Die Unternehmerverbände haben in der bewußten Erkenntnis dieser Tatsache sicherlich einen Vorsprung durch die Arbeiterschaft, die in plötzlichen Ueberwältigungen den ihr durch die Gewerkschaft vorgeschriebenen Weg verläßt und dadurch ihr eigener Gegner wird.

Haben vielleicht die Unternehmerverbände oft nicht viel mehr Interesse z. B. an Streiks als einer gewerkschaftlichen Organisation überhaupt lieb sein kann? Und leider fällt die Masse zu oft darauf hinein und ist die Ausführende eines Gedankens, den ihr der Gegner vorlegte, während sie selbst glaubte, das Gesetz des Handelns diktiert zu haben.

Aus den gleichen Erwägungen der Schwächung des Gegners erwächst auch das Verlangen der Unternehmerverbände, möglichst große und einheitliche Tarifgebiete zu schaffen. Innerhalb dieser sucht man natürlich den Lohn festzusetzen nach dem jeweilig schlechtest funktionierendem Werk und andererseits zwingt man die Arbeiterschaft vor derartige Schwierigkeiten, denen sie nicht immer gewachsen ist.

Mit ihren Schriften und ihrem Zahlenmaterial beginnen die Unternehmerverbände die öffentliche Meinung gefahrbringend unzubiegen. Nicht als ob diese Zahlen falsch wären, aber die äußerst geschickte Behandlung und die streiflichtartige Methode ihrer Darstellung muß alle diejenigen, welchen die Quellen nicht direkt zur Verfügung stehen, zum mindesten für die Unternehmerverbände einnehmen. Jergendein Angriff einer Gewerkschaftsorganisation begegnet sofort der geschlossenen Phalanx der Unternehmerverbände und der in ihrem geistigen Dankskreis stehenden Presse. Es ist erstaunlich, wie schnell dann alle Unternehmerverbände bei der Hand sind, wenn es gilt, wirtschaftliche oder sozialpolitische Forderungen der Arbeiterschaft abzuschlagen, und wie schnell viele Arbeiter eilen können, wenn es gilt parteipolitische Fragen zu „lösen“ oder dem Klimbim nachzulaufen. Die Einheit der Abwehr innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation ist wirklich nicht immer so, wie es wünschenswert wäre. Freilich muß hinzugefügt werden, daß die Objekte einer gemeinsamen Abwehr auch manchmal nicht wert sind.

In den aufsteigenden Kämpfen, welche die durch die Interessenlosigkeit vieler Arbeiter stärker gewordene soziale Reaktion gegen die Gewerkschaftsbewegung heraufbeschwört, ist es von größter Notwendigkeit auch für die Gewerkschaftsbewegung und für die Arbeiterschaft, daß sie aus der Taktik und Strategie der Unternehmerverbände ihre Konsequenzen ziehen.

Nachmachen, Kollegen!

Das war ein Agitationssonntag in Akena am 8. Februar 1925, der eine Reihe tüchtiger Vertrauensleute zur Hausagitation versammelt sah. Der echte alte gewerkschaftl. Geist besetzte sie u. obwohl das Wetter es gar nicht gut meinte, ließen sich unsere Vertrauensleute durch nichts abhalten. Schwer und hart ging es bei manchem zu. Der weisfällige Schädel ist nun mal dick; aber das wußten auch die Vertrauensleute und so begnügten sie sich nicht mit einem Hieb. Als der Abend unsere Kollegen im Verkehrslokal vereinte, hielt man „Parade“ ab über die neugewonnenen Kollegen. Und das Resultat?

60 Aufnahmen an einem Sonntag!

Das ist ein Erfolg, der sich wirklich sehen lassen kann. Den größten Erfolg haben die Akenauer selbst, die ja mit jedem Neugewonnenen ihre eigene gewerkschaftliche Position verstärken und dadurch zur Verbesserung ihres Lohn- und Arbeitsverhältnisses beitragen. In den Akenauer Kollegen mögen sich die Vertrauensleute mancher großen Verwaltungsstelle ein Beispiel nehmen. Wir wollen hier keine Namen nennen. Mancher

Agitationssturmtrupp

der glänzend anfang, hat nachher elend verzagt. Auch im Gewerkschaftsleben werden Erfolge nur mit Zähigkeit, Energie und Opferfreudigkeit erzungen.

Dißmann und der Kampf um die Arbeitszeit

Laut Beschluß des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiterbundes (sozialistische Richtung) soll am 1. und 2. März d. J. in Köln eine Internationale Konferenz der Schweißindustrie-Arbeiter stattfinden. U. a. enthält deren Tagesordnung auch den Punkt: „Die Arbeitsverhältnisse in der Schweißindustrie Achtstundentag und Doppelschicht.“ Bei der Beratung dieses Punktes wird die Arbeitszeitgestaltung in der deutschen Schweißindustrie am Ausgang des Jahres 1923 sicher eine hervorragende Rolle spielen. Jedenfalls in dem Bestreben, die Haltung seines Verbandes zu rechtfertigen und darzutun, wie sehr dieser auch der finanziellen Unterstützung des internationalen sozialistischen Metallarbeiterbundes (I. M. B.) würdig gewesen sei, greift der Vorsitzende des sozialistischen Deutschen Metallarbeiterverbandes, Robert Dißmann, zu einer wahrheitswidrigen Verzerrung seiner internationalen Landesfreunde. Er schreibt nämlich in der letzten Nr. 3 seiner „Betriebsratzeitung“ folgendes:

„Dann aber stellten die Herren der Montanindustrie im Westen Deutschlands die Arbeiter gegen Ende 1923 vor die Alternative: Jurid zur Doppelschicht oder die Betriebe bleiben geschlossen. Dies Anfinnen lehnten unsere Kollegen ab und sie standen unter Tragung größter persönlicher Opfer rund acht Wochen im Kampf, um den Achtstundentag zu verteidigen. Doch ihr damaliges Ringen war vergebens. Die christliche und Sitich-Dundersche Metallarbeiterorganisation hatten dem Unternehmeransinnen zugestimmt, damit eine geschlossene Abwehrfront unmöglich gemacht und das Spiel der Montanherren erleichtert. Der Achtstundentag fiel und die berichtigte Doppelschicht hielt in den Hüttenwerken wieder ihren Einzug.“

Wie kann man nur solche Behauptungen aufstellen, da man doch weiß, daß sie nicht stimmen. So müssen wir zur Aufklärung von Dißmanns Gedächtnis nochmals die ganze Tragikomödie des D. M. B. in der Achtstundentagelegenheit vorführen.

1. Akt: Diktat der Unternehmer. Bereits vor Zustandekommen des Berliner Abkommens unterschrieben gerade die radikalsten Mitglieder des D. M. B. Kennerle von Hüttenwerken auf Fortkriegsarbeitszeit. In Oberhausen gehen sie, geführt von drei sozialist. Betriebsräten, in den Betrieb. In Hamborn, Dinslaken und anderen Orten ist es genau so.
2. Akt: Um zu retten, was zu retten war, haben am 13. Dezember 1923 alle Organisationen, auch der sog. Metallarbeiter-Verband, die Vereinbarung über eine

130 Arbeitskollegen

wadere Bergleute, haben am 13. Februar auf Zeche „Minister Stein“, bei Dortmund einen furchtbaren Tod gefunden. Erschüttert steht die deutsche Arbeiterschaft an der Bahre der auf dem Schlachtfelde der Arbeit dahingerafften Bergleute. Sie fühlt tief innerlich mit dem Schmerz der Hinterbliebenen und sie fordert, daß diesen Armen die Sorge für die Zukunft möglichst genommen werde. Der Christl. Metallarbeiterverband wird stets in Ehrfurcht der verkorbten Arbeitskollegen gedenken.

Gott gebe ihnen die ewige Ruhe!

vordringende Verlängerung der Arbeitszeit unterschrieben. Außerdem war bereits unterjährig gleichzeitig vereinbart worden: „Es wird den vertragschließenden Organisationsangehörigen, den Werken eine Liste derjenigen Mitglieder einzureichen, auf deren Wiederbestellung sie besonderen Wert legen.“ Selbst das Mitglied der Verhandlungskommission des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, Paratenings, Essen, war von dem Gesamtabkommen so erbaut, daß er von Strunk, dem Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Essen des Christlichen Metallarbeiterverbandes wünschte, man möge die Listen für die Wiederbestellung gemeinsam zusammenstellen und einreichen.

Wenn nachher die Verhandler vom D. M. B. aus Angst vor den Kommunisten ihre Vaterpflicht abzuleugnen versuchten, so ist das belanglos. Selbst der Reichs- und Staatskommissar Mehlisch, der auch Sozialdemokrat ist, hat diese Abschnurungsversuche öffentlich zurückgewiesen.

3. Akt: Um den Kommunisten entgegenzukommen, beschließt der sozialistische Metallarbeiterverband die Befragung der Mitglieder durch Urabstimmung. Trotsdem vorher deutlich bekanntgegeben war, daß Nichtabgabe der Stimme gleichbedeutend sei mit Annahme der verlängerten Arbeitszeit, beteiligten sich von 130 000 Mitgliedern des D. M. B. im Bereich der Nordwestgruppe nur 42 000 an dieser Urabstimmung.

4. Akt: Trotsdem also 2/3 der Mitglieder des D. M. B. durch ihre Haltung bei der Urabstimmung für Annahme der Berliner Vereinbarung votiert hatten, beschließt eine am 9. Januar 1924 in Bochum stattgefundene, von ganzen 36 Mann besetzte Funktionärskonferenz des soz. Metallarbeiterverbandes ohne sühnungsgemähe Mehrheit, mit 26 gegen 10 Stimmen, den Generalstreik.

5. Akt: Um die ausgegebene Generalstreikparole kimmert sich von Hamm bis Düsseldorf kein Mensch. Nur in Düsseldorf, Benratsh, Hilden streikten die Kommunisten. Selbst die Düsseldorf-Kommission stellte in einer Proklamation vom 7. Februar 1924 fest, daß von einem wirklichen Kampf — mit Ausnahme von Düsseldorf — keine Rede mehr sein konnte, indem die Arbeiterschaft ohne Billigung der jeweiligen Ortsverwaltung in die Betriebe ging und sich bereit erklärte, unter den Berliner Vereinbarungen zu arbeiten. Selbst das Organ des roten Verbandes, die „Metallarbeiterzeitung“, nimmt in Nr. 4/1924 scharf Stellung gegen die kommunistische Generalstreikparole. Sie sagt: „Nach Rheinhafen wird eine wilde Konferenz einberufen, zu diesem Zweck die Unterabteilung der Bezirksleitung des D. M. B. gefälligst. Unsere Bezirksleiter legen öffentlich Verwahrung gegen den Mißbrauch der Unterabteilung ein. Die Konferenz beschließt einen Generalstreik, der natürlich von keiner Seite befolgt wird. Wenige Tage später wird eine erneute wilde Konferenz nach Düsseldorf einberufen, die beschließt den Generalstreik für Düsseldorf. Die Verbände werden vor fertige Tatsachen gestellt und sollen nur Geld herbeischaffen. Die große geheimnisvolle Kasse zahlt doch nur die Kosten für die wilden Konferenzen, nicht aber für die Opfer, die aus dieser lechzigen Aktion erwachsen. In Düsseldorf ist das Ergebnis des Generalstreiks auch so ziemlich Null. Dann versucht die kommunistische Ortsverwaltung Essen unseres Verbandes erneut ihr Glück mit dem Generalstreik. Sie fordert — ihrer befohlenen Parole der Partei folgend — zum Generalstreik auf. Die Kollegen, die generalstreiken wollen, werden nicht gefragt. Urabstimmung, damit den Arbeitern Gelegenheit geboten ist, über ihr Schicksal selbst mit zu entscheiden, wird nicht vorgenommen. Der Betriebsrat der Firma Krupp, der über die Stimmung der Arbeiter im Betrieb unterrichtet ist, wartet vergebens; seine Stimme wird nicht gehört, es wird von oben herab beschlossene und die Arbeiter haben zu folgen. Das Ergebnis, von der 22 000 Mann starken Belegschaft der Firma Krupp treten 150 (mit Worten einhundertfünfzig) Mann in den Streik. Sie sind nutzlos geonfert. Erwähnenswert ist noch, daß ein kommunistischer Betriebsrat mit dem Fahrtrad hunderter Familienmitglieder zurückholte, damit rettete er diesen armen Teufeln den Arbeitsplatz. In Gelsenkirchen holen Stoßtrupps die sich wehrenden Arbeiter aus den Betrieben zum Generalstreik. Aus der ganzen Gegend wurde ein Generalstreik der Arbeitslosen, ja,

weniger als das, es war ein Kampf um den Arbeitsplatz. Die Kraft der Arbeiterschaft wurde vergeudet. Die Arbeitgeber erklärten bei den ferneren Verhandlungen, nach den eingetretenen Zuständen hätten sie es gar nicht mehr nötig, zu verhandeln. Was sie wollten, erreichten sie auch so.

Schlussatz: Der verunglückte kommunistische Generalstreikveruch wird abgeblasen, nachdem die Betörten nur noch tiefer in Not und Elend geraten waren.

So steht die Wahrheit aus. Es ist deshalb schon verständlich, wenn der sozialistische Deutsche Metallarbeiterverband seine geradezu blamable Haltung im Arbeitszeitstreit 1923/24 vor den Augen seiner internationalen Bundesfreunde sorgsam zu verbergen bemüht ist. Der christliche Metallarbeiterverband muß es inbessen ablehnen, sich in dieser Frage von Robert Dymann als Billigkäufer mißbrauchen zu lassen. Im Ubrigen zeigt dieser Vorkauf deutlich, daß, wenn der D. M. B. Wert auf objektive und wahrheitsgetreue Darstellung der deutschen Verhältnisse legt, er in der Wahl seiner Berichterstatter sehr vorsichtig sein muß.

Zerplatzte Sozialisierungsträume

Neben Rußland ist die Republik Oesterreich und besonders die Bundeshauptstadt Wien das Dorado für sozialistische Sozialisierungspläne. Seit 1918 hat man mit größter Empyse in die Welt hineingefahren, wie herrlich dort die sozialisierten Betriebe arbeiten sollten. Aber auch hier war aus dem „Gold“ bedenklich Fleck geworden und der Zusammenbruch der sozialisierten Werke bei Wien zeigte, auf wie unsoliden Boden sie gegründet waren. Jetzt ist auch der letzte große sozialisierte Betrieb, die Hammerbrotwerke in andere Hände übergegangen. Wie das vor sich ging, zeigt ein Bericht der Kölnischen Volkszeitung vom 6. Februar, in dem es heißt:

„Im Kampf gegen die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel hatte die neue österreichische Regierung des Bundeskanzlers Dr. Rudolf Kamel, zu einem radikalen Mittel gegriffen. Sämtliche Brotfabriken in Wien sind seit der Kriegszeit kartelliert und erst stellen gemeinsam mit den kleinen Brot- und Gebäckzeugern einen einheitlichen Brotpreis. Bei der Ueberprüfung der Kartellation des Brotpreises in der größten Wiener Brotfabrik, der „Ankerbrot“ Werke, die ungefähr die Hälfte der Wiener Bevölkerung mit diesem unentbehrlichen Lebensmittel versorgt, war die Wiener Polizei dahinter gekommen, daß die Fabrik den Brotpreis um 1200 Kronen zu teuer verkaufte, mithin sich des Verbrechens der Preistreibe schuldig gemacht habe. Diese Feststellung führte zur Verhaftung des verantwortlichen Leiters der „Anker“-Brotfabrik, worauf die Fabrik sofort den Preis für das Brot gemäß der von der Wirtschaftspolizei festgestellten Kartellation um 1200 Kronen herabsetzte.

Es wäre dies schon früher geschehen, wenn sich nicht die Fabrik in einem Kartellverhältnis mit dem großen, von der Wiener Sozialdemokratie zum Zweck der Brotpreisregulierung gegründeten und betriebenen „Hammerbrot“-Fabrik befunden hätte, die infolge ihrer unkaufmännischen, parteipolitischen Gesichtspunkten unterliegenden Geschäftsführung nicht in der Lage war, mit dem kaufmännisch geführten Unternehmen der Ankerbrotwerke zu konkurrieren. Um den Betrieb der sozialdemokratischen Brotfabrik aufrecht zu halten, schwingt die sozialdemokratische Parteileitung zu dem Kartell, durch das der gesamten Wiener Bevölkerung das wichtigste Lebensmittel seit Jahr und Tag verteuert wurde. Die kapitalistische Ankerbrot-Firma hatte nämlich mit kaufmännischem Scharfsinn, angeht die offenkundig gewordenen schlechten Ernte in allen meizeneportierenden Ländern, sich rechtzeitig mit Mehlvorräten bis zur neuen Ernte eingedeckt. Sie konnte es, weil sie über den nötigen Kredit im Auslande und über die nötigen Kapitalien verfügte. Dies aber konnte die sozialdemokratische Konkurrenzfabrik nicht tun. Sie war von allem Anfang an mit dem Gelde ausländischer Genossen erbaut worden; in den Jahren nach dem Umsturz wurden von ihrem Ertragnis zeitweilig ausländische Sozialisten und Kommunisten unterstützt; so hatte man sich bereits vor drei Jahren genötigt gesehen, 40 Prozent der Aktien der Fabrik an einen neuen Reichen, den größten Inflationsgewinnler Oesterreichs, Siegmund Bofel, abzugeben.

Durch die von der Wiener Polizei erzwungene Sprengung des Brotpreisartells sah sich nun die sozialdemokratische Fabrik vor die

Alternative gestellt: entweder den Betrieb einzustellen oder den Konkurrenzkampf gegen die kaufmännisch geleitete Ankerbrotfabrik mit Hilfe der Geldschränke der Gemeinde Wien aufzunehmen. Gegen die letztere Maßnahme sprach sich aber der Finanzreferent der Gemeinde Wien, Stadtrat Bretner, mit der Erklärung aus, daß die Gemeinde Wien nur dann die Hammerbrotwerke übernehmen könne, wenn es ihr durch ein Expropriationsgesetz ermöglicht würde, auch die andere große Brotfabrik in Wien zu expropriieren. Kurz gefaßt: die sozialdemokratische Gemeinde Wien vermag nur dann ein Industrieunternehmen gewinnreich zu führen, wenn sie in dem betreffenden Wirtschaftszweig ein Monopol auszuüben in der Lage ist. In diesem Falle würde sie allerdings gesichert sein vor der Kontrolle der Behörde und vor dem Wettbewerb durch kaufmännisch geleitete Unternehmungen.

Dieses Eingeständnis des Zusammenbruchs des wichtigsten Sozialisierungsexperimentes der Sozialdemokratie in Oesterreich wird von dieser selbst, wie ihr Hauptorgan, die Arbeiterzeitung, zugibt, als schwere Niederlage empfunden. Der Reize nach sind alle Sozialisierungsexperimente der österreichischen Sozialdemokratie in den letzten Jahren verfallen. Die Oesterreichischen Werke (Wien), die Wöllersdorfer Werke, die Blumauer Werke und jetzt die Hammerbrotwerke in Wien! Es besteht kein Zweifel darüber, daß in der aller nächsten Zeit noch andere mit dieser Organisation eng verknüpfte sozialdemokratische Fabrikunternehmen folgen werden. Die Aktien der Hammerbrotwerke sind nun vollständig in den Besitz Bofels übergegangen, der sie an ein ausländisches Konfession weiterverkauft hat.

Man sieht, die Sozialisierung in Oesterreich hat daselbe Schicksal wie die russische. Auch hier war das Ende das böstige Unsdymden zu den Methoden des reinsten Kapitalismus, wie sie durch die „Rep“, die Neue Oonomische Politik“, charakterisiert sind. Der „Nepper“, der Schieber ist der Erbe des Sozialismus.

Die Millionenentschädigungen der Ruhrindustrie

Mit Spannung erwartet die deutsche Arbeiterschaft die Denkschrift der Regierung über die Millionenentschädigung an die deutsche Ruhrindustrie. Sie hat ein Recht dazu angesichts der Tatsache, daß der immer und immer wieder bei den Lohnverhandlungen von Arbeitgebern und Schlichtungsstellen geltend gemachte Einwand vom Druck der Wicumlasten sich zu einer erheblichen Zurückhaltung der Lohngestaltung auswirkte. Diese amtliche Denkschrift soll nun wieder verschoben werden. Mittlerweile hat der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen eine Denkschrift herausgegeben, in der betont wird, daß das besetzte Gebiet den Besatzungsmächten 982 Millionen Goldmark gebracht hätte. Darin seien die 700 Goldmillionen Entschädigung durch das Reich nur 60 Prozent. In einer offiziellen Mitteilung wird von Regierungsseite bemerkt, daß die 700 Millionen nicht eine Entschädigung irgendwelcher Besatzungsschäden seien, sondern eine Bezahlung der geleisteten tatsächlichen Reparationsleistungen der privaten Wirtschaft. Demgegenüber bringt die „Frankfurter Zeitung“ folgende Aufstellung über die Zusammenlegung der 982 Goldmillionen.

Kohlensteuer	129 Millionen M.
Zölle	163 Millionen M.
Erlaubnisgebühren usw.	101 Millionen M.
Waldungen	27 Millionen M.
Reingewinn der Regiebahn	67 Millionen M.
Bäse und Diverse	3 Millionen M.
Beschlagnahmungen von Marknoten, Strafen und Requisitionen	45,5 Millionen M.

Insgesamt: 535,5 Millionen M.
Demnach blieben für tatächlich geleistete Separationsleistungen noch 446,5 Millionen Goldmark übrig.

Angesichts dieser Sachlage ist eine recht baldige amtliche Klarstellung nicht nur erwünscht, sondern notwendig. Jetzt aber ist schon die Frage berechtigt, was gebietet die Industrie, die jetzt ihre Leistungen bezahlt erhält, gegenüber der benachteiligten Arbeiterschaft zu tun? Ob die Arbeiterschaft hinsichtlich des vorerhaltenen Lohnes auch auf anständiges Entgegenkommen der Industrie rechnen darf? Das wird die nächste Zukunft ja zeigen. Die Arbeiterschaft wird ihren gerechten Anteil nur dann bekommen, wenn sie sich endlich die Schlafmütze des Amorgisiertheins von den Ohren zieht.

Die elektrische Eisen-, Stahl- und Metallgewinnung

Th. W. Von anderer Konstruktion als der Stassano'sche Ofen ist Elektroofen, dessen Erfinder der französische Ingenieur Paul Heroult ist. Während der Stassano-Ofen hauptsächlich zur Erzeugung von Gußeisen aus den Erzen verwendet wird, dient der Heroult-Ofen vornehmlich zur Umwandlung des Gußeisens in Stahl und zwar ganz nach dem Bessemerverfahren. Abbildung 2 zeigt die Konstruktion dieses Ofens im Querschnitt. Er läßt sich äußerlich eine große Ähnlichkeit mit dem Bessemer-Ofen erkennen und ist wie dieser von abgerundeter birnenförmiger Gestalt. Der Ofen besteht äußerlich aus einem starken Blechmantel, der innen mit einer doppelten Schicht von feuerfesten Steinen und Dolomit ausgefüllt ist. Der Boden ist abgerundet und ruht auf zwei gebogenen Säulen; durch hydraulischen Druck wird der Ofen auf diesen Säulen gekippt und dadurch das Ausfließen der geschmolzenen Masse bewirkt, wie es Abbildung 3, die den Heroult-Ofen im Betrieb zeigt, deutlich erkennen läßt. Rückwärts liegen die beiden

gleicher Fähigkeit doch einen größeren Kohlenstoffgehalt, ist daher härter und leidet der Abnutzung größeren Widerstand entgegen; er ist vollkommen blasenfrei, auch frei von Verunreinigungen, schmelzt sich besser wie Tiegelstahl und verträgt eine höhere Erwärmung als dieser. Die Herstellung verursacht weniger Kosten und ist von der Qualität des Rohmaterials unabhängig; allgemein ist die Erzeugung des Elektrostahls, wie man den im elektrischen Ofen erzeugten Stahl nennt, mit erheblich weniger Arbeit und Anstrengung verbunden als das Tiegelverfahren. Der Elektroofen macht die Herstellung jeder Art von Legierungsstahl ohne Schwierigkeiten möglich. Diese großen Vorteile haben dem Heroult-Ofen heute bereits zu größter Bedeutung für die gesamte Stahlherzeugung und zu weitgehender und ständig wachsender Anwendung verholfen. In den großen Stahlwerken Frankreichs und Deutschlands ist der Ofen schon seit Jahren erfolgreich im Gebrauch und zwar auch dort, wo es nicht möglich ist, den elektrischen Strom zum Betriebe des Ofens auf billige Weise durch Wasserkraft zu gewinnen, sondern wo der Strom erst durch Dampfkraft, also durch Kohle, erzeugt werden muß. Hierdurch stellt sich die Erzeugung des Elektrostahls zwar nicht unwesentlich teurer als die des Tiegelstahls bzw. des Martinstahls, doch wird der höhere Preis durch die vorzüglichen Eigenschaften des Stahles wieder ausgeglichen. Für viele Arbeitszwecke ist heute bereits der Elektrostahl ein unentbehrliches Material geworden.

Während bei dem Stassano- und ebenso auch bei dem Heroult-Ofen die Temperatur, die hier durch den Lichtbogen erzeugt wird, immer etwa 3500 bis 4000 Grad beträgt, die für die hier erfolgenden Schmelzprozesse an und für sich viel zu hoch ist und eine unnötige Verschwendung von elektrischer Energie bedeutet, welche die Herstellung und den Preis des Produktes erheblich und unnötig verteuert, wird bei einer anderen Bauart, dem nach seinem Erfinder benannten Kjellin-Induktionsofen dieser Nachteil vermieden. Das geschieht, indem der erzeugte hochspannige Strom durch einen Transformator in niedrig gespannten Strom umgewandelt wird, der ungleich sparsamer arbeitet. Der Transformator besteht aus einer starken Primärspule, während das geschmolzene und in einer langen Röhre verlaufende Eisen selbst dargestellt wird. Der elektrische Strom wird hierbei nach dem Prinzip der Widerstandsheizung im Eisen selbst in Wärme verwandelt, und zwar hierbei nur soviel Wärme erzeugt, als zum Schmelzen des Eisens benötigt wird. Auch dieser Ofen wird nur zur Stahlherzeugung verwendet, vornehmlich in Schweden, wo aus dem guten schwedischen Eisen in diesem Ofen ein sehr guter Werkzeugstahl hergestellt wird. Der Kjellin-Ofen hat den Nachteil, daß in ihm nur sehr reines und gleichmäßiges Material verarbeitet werden kann, da unreines Metall dem Durchgang des elektrischen Stromes zu große Schwierigkeiten bereitet. Dieser Nachteil wurde unter Verbehaftung des Prinzips des Kjellin-Ofens durch eine Abänderung der Bauart desselben abgestellt, und zwar in dem Röhren-Kodenzanferischen Induktionsofen, bei dem die Verunreinigungen des geschmolzenen Materials als Schlacke abgesaugen werden, so daß es möglich ist, mit diesem Ofen auch un-

reines, aber wesentlich billigeres Roheisen vorteilhaft zu verwerten. Dieser Ofen verbindet gleichsam die Vorteile des Kjellin-Ofens, nämlich verhältnismäßig geringen Stromverbrauch, mit den Vorteilen der Lichtbogenofen, die ja ebenfalls jedes und selbst das unreine Material verarbeiten können. Dieser Vorteile, besonders der wirtschaftlichen Arbeitsweise wegen führen sich auch diese Ofen allmählich gut ein, doch herrscht unter diesen Konstruktionen vorderhand noch der Kjellin-Ofen, aber auch der Girod-Ofen vor.

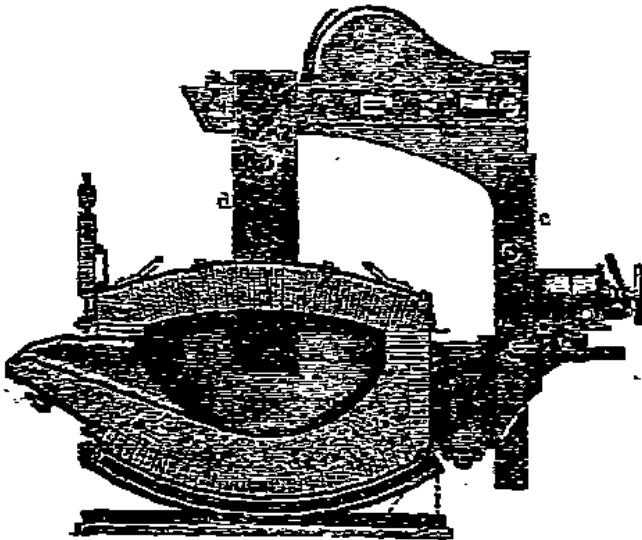


Abb. 2. Heroult-Ofen.

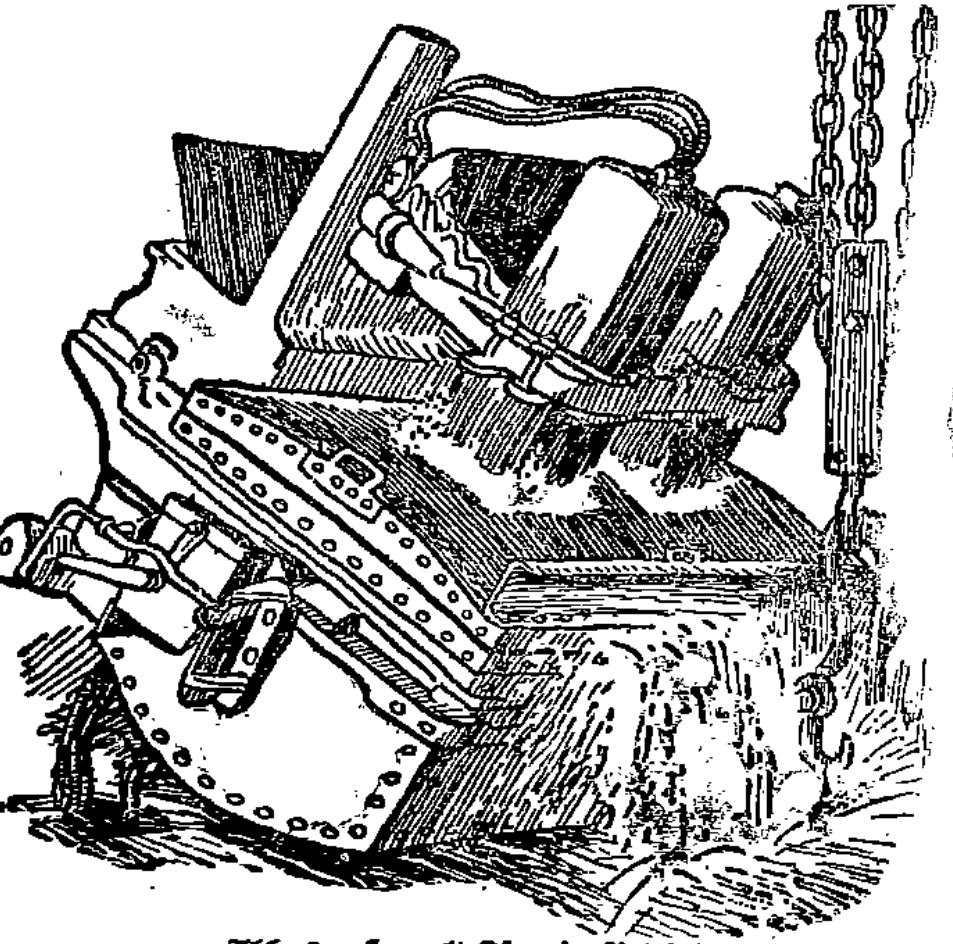


Abb. 3. Heroult-Ofen in Betrieb.

wichtigen Elektroden in den Schmelzraum hinein; durch besondere Vorrichtungen ist gesorgt, daß die Elektroden immer in einem gewissen Abstand von dem Stahlbad bleiben, jedoch keine Aufnahme von Kohle aus den Elektroden in den geschmolzenen Stahl erfolgen kann; die an den Enden der Elektroden erzeugte Wärme wird also, wie auch beim Stassano-Ofen, lediglich durch Strahlung auf das Schmelzbad übertragen. Der im Heroult-Ofen erzeugte Stahl läßt den Vergleich mit diesem Tiegelstahl vollkommen aus, hat bei

Der größte Ofen dieser Art, ein Girod-Ofen steht bei Krupp-Essen und faßt 10 000 Kilogr. Eisen. Eine Anzahl anderer Systeme von Elektro-Ofen für die Stahl- und Eisenerzeugung ist von geringerer Bedeutung. Gegenwärtig dürften wohl bereits 200 elektrische Ofen für die Eisen- und Stahlgewinnung vorhanden sein, unter denen der Heroult-Ofen vorherrschend; an zweiter Stelle steht der Kjellin-Ofen, während der Stassano-Ofen besonders in Italien verwendet wird. Von allen Ländern hat Deutschland die größte Zahl solcher Ofen, die sich in den Industriebezirken West-

Wie Arbeiter brotlos gemacht werden sollen

Auf welche brutale und hinterlistige Art die Industrie wichtige Arbeiter außer Brot und Arbeit zu halten sucht, geht aus folgendem Beispiel hervor:

Unser Kollege Sch., seit Anfang 1918 auf dem Gußstahlwerk Witten als Kesselheizer beschäftigt, war seit dem 23. Oktober 1923 erwerbslos. Er ist 49 Jahre alt und Vater von neun Kindern. Die Bemühungen, den Kollegen in Arbeit zu bringen, blieben erfolglos. Es war nicht zu ergründen, ob das Alter des Kollegen oder seine große Kinderzahl so abschreckend auf die Unternehmer wirkten. Endlich aber wurde des Rätsels Lösung gefunden. Ende Januar d. J. hatte Sch. Aussicht, bei einer firmigen Wiedereröffnung als Kesselheizer eingestellt zu werden. Bei seiner Vorstellung machte er auf den Betriebsleiter, zwei dieser später selbst zugab, den günstigsten Eindruck. Nach einigen Tagen aber wurde unserm Kollegen mitgeteilt, daß er nicht eingestellt werde. Darauf wurde unser Geschäftsführer, der Kollege Wagner, bei der Firma vorstellig, um von dem Betriebsleiter den Grund der NichtEinstellung zu erfahren. Dieser erklärte, Sch. habe auf ihn den günstigsten Eindruck gemacht. Da es sich aber um eine wichtige Stelle im Betrieb handle, habe er aus Gründen der Betriebssicherheit Grundgedanken über den Mann einziehen müssen. Die Auskunft sei nun so ausgefallen, daß er Sch. nicht einstellen könne. Da ihm die Auskunft vertraulich gegeben sei, dürfe er sie nicht weitergeben. Sch. käme also nicht mehr in Frage, Kollege Wagner solle ihm einen andern Mann schicken. W. erklärte, einen andern Mann könne er erst dann besorgen, wenn er einen stichhaltigen Grund für die NichtEinstellung des Koll. Sch. wisse. Da er diesen Grund nicht erfahre, müsse er es absehen. Auf allerlei geheimnisvolle Andeutungen hin könne Sch. nicht weiter der Erwerbslosigkeit preisgegeben werden. Die Verhandlung verlief resultatlos. Darauf schickte Koll. W. den Sch. nach dem Gußstahlwerk Witten, um dort ein Zeugnis zu verlangen. Zwischen dem Ingenieur E. und dem Koll. Sch. entspann sich nun folgendes Gespräch. Sch.: „Ich möchte gern ein Zeugnis haben.“ — E.: „Wofür?“ — Sch.: „Weil ich Arbeit bekommen kann.“ — E.: „Was soll in dem Zeugnis stehen?“ — Sch.: „Das ich meine Arbeit pflichtgemäß getan habe.“ — E.: „Das haben Sie eben nicht.“ — Sch.: „Wieso nicht?“ — E.: „Sie sollen mal geschlafen haben.“ Als Sch. das bestritt, ließ E. seinen Assistenten H. kommen, an den er die Frage richtete: „Aus welchem Grunde haben wir Sch. bisher nicht wieder eingestellt?“ Nun plapperte H. aus der Schale: „Weil er als Vertrauensmann sich hervorragend gewerkschaftlich betätigt hat.“ Diese Antwort schien nicht das Wohlgefallen E. zu finden, denn mit folgenden Worten legte er H. eine andere Antwort in den Mund: „Das war wohl nicht allein der Grund. Sie haben ihn doch mal schlafen gefunden.“ — H.: „Ja, das stimmt.“ Sch. konnte nun H. festnageln, daß seine Angabe nicht zutrafte. Wenn er geschlafen hätte, müßte er von H. gewacht worden sein. H. wisse genau, daß Sch. damals von einem Unwohlsein befallen war; das ginge aus daraus hervor, daß H. dem Sch. das Unwohlsein angesehen habe, denn H. habe an ihn die Frage gestellt: „Was ist Ihnen?“ Webrigens wäre der Vorfall bei Ausgang des passiven Widerstandes passiert, als die Kessel aus waren und von den Heizern andere Arbeiter gemacht wurden. Eine Pflichterfüllung liege demnach nicht vor. Darauf erhielt Sch. ein Zeugnis ausgestellt, das besagt, daß er „seine Arbeit, auch an alleinlebenden Kesseln, zur Zufriedenheit ausgeführt“ habe. Auf Grund dieses Zeugnisses verlangte Kollege W. die Einstellung beim neuen Arbeitgeber, die dann auch sofort erfolgte. Nunmehr stellte sich heraus, daß die Auskunft über Sch. lautete, er habe bei der Arbeit geschlafen. In Wirklichkeit aber wollte man den Verbandsvertrauensmann treffen, der sich hervorragend gewerkschaftlich betätigt hatte. Deshalb sollte er wohl auch infolge unzureichender Auskünfte von Fabrikator zu Fabrikator gejagt werden. Wir werden uns dieses Verhalten der Industrie merken und nun erst recht an der Ausbreitung des Christlichen Metallarbeiterverbandes wirken.

Unorganisierte und Arbeitsbedingungen

Die meisten abgeschlossenen Tarifverträge sind nicht allgemeinverbindlich. Die Allgemeinverbindlicherklärung stempelt bekanntlich den Tarifvertrag als allgemein gültiges gewerbliches Recht, während die Verbindlicherklärung ein solches nur gelten läßt für die Anhänger der Vertragsparteien. Im Falle der Verbindlicher-

klärung haben Unorganisierte, wie längst erst wieder das Berggewerbegeheim in Lagen feststellte, keinen Rechtsanspruch auf die tariflichen Arbeitsbedingungen. Ein Bergarbeiter war von der Verwaltung der Grube Goulen wegen willkürlichen Feiern mit einer Strafe in Höhe eines halben Schichtlohnes bestraft worden. Außerdem wurde ihm nach gemäß den Bestimmungen des Tarifvertrages die willkürlich geseierte Schicht auf den Urlaub in Anrechnung gebracht. Der Kläger vertrat die Auffassung, daß hier eine Doppelbestrafung vorliege und beantragte Rückzahlung der Strafe. Der Vertreter der Beklagten machte geltend, daß der Kläger kein Anrecht auf den Tarifvertrag habe, weil er einer der vertragslosbleibenden Organisationen nicht angehöre. Das Berggewerbegericht entschied, daß die Klage abzuweisen sei.

Die meisten abgeschlossenen Tarifverträge sind nicht allgemeinverbindlich. Die Allgemeinverbindlicherklärung stempelt bekanntlich den Tarifvertrag als allgemein gültiges gewerbliches Recht, während die Verbindlicherklärung ein solches nur gelten läßt für die Anhänger der Vertragsparteien. Im Falle der Verbindlicherklärung haben Unorganisierte, wie längst erst wieder das Berggewerbegeheim in Lagen feststellte, keinen Rechtsanspruch auf die tariflichen Arbeitsbedingungen. Ein Bergarbeiter war von der Verwaltung der Grube Goulen wegen willkürlichen Feiern mit einer Strafe in Höhe eines halben Schichtlohnes bestraft worden. Außerdem wurde ihm nach gemäß den Bestimmungen des Tarifvertrages die willkürlich geseierte Schicht auf den Urlaub in Anrechnung gebracht. Der Kläger vertrat die Auffassung, daß hier eine Doppelbestrafung vorliege und beantragte Rückzahlung der Strafe. Der Vertreter der Beklagten machte geltend, daß der Kläger kein Anrecht auf den Tarifvertrag habe, weil er einer der vertragslosbleibenden Organisationen nicht angehöre. Das Berggewerbegericht entschied, daß die Klage abzuweisen sei.

Verbandsgebiet

Auf dem Gebiete der Interessensvertretung sei folgendes hervorgehoben. In den drei Tarifverträgen, an denen unsere Vertretungsstelle beteiligt ist, machten sich im Berichtsjahre insgesamt acht Nachträge notwendig, die sich auf den Lohn bezogen. Die Lohnsätze sind dabei wie folgt gestiegen. Im Auer-Tarif, Gruppe Maschinenfabriken und E-Fengierereien von 45 auf 56 Pfennig, Gruppe Metall-, Blech- und Badierwarenfabriken von 40 auf 55 Pfennig, Gruppe Emailierwerke von 38 auf 54 Pfennig; im Annaberger Tarif von 38 auf 50 Pfennig und im Zwischauer Tarif von 45 auf 56 Pfennig. Wenn beachtet wird, wie die Arbeitgeber um jeden halben Pfennig feilschen, und trotzdem eine Lohnsteigerung von durchschnittlich 25 Prozent erzwungen wurde, dann ist daran am besten die erfolgreiche Tätigkeit des Verbandes zu erkennen. Dieser Erfolg wirkt dann noch stärker, wenn wir bedenken, daß die Unternehmer während des Jahres 10 Prozent Lohnabbau durchsetzen wollten, was wir durch einen sofortigen Gegenangriff verhindert haben.

Die Ausprache, die sich an den Bericht schloß, gestaltete sich sehr lebhaft und war getragen vom Geiste der Sachlichkeit und wahrer Kollegialität. Es beteiligten sich daran die Kollegen Günther, Gehlert, Barthel, Eger, Händel, Hüttner und Gierk, ferner Kollege Weißflog, der zu den einzelnen Punkten nochmals eingehend Stellung nahm und den Versammelten zeigte, welche Arbeit im Berichtsjahre zu leisten war, um diese Erfolge zu erzielen. Die Arbeiterschaft sei dem Verbandsleiter sehr zu Dank verpflichtet. Auf Antrag des Kollegen Gehlert wurde sodann der bisherige Ortsverwaltungsvollstreckung ausgetauscht. Die Wahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Zwei Kollegen wurden neu hinzugewählt. Dann ergriff der Bezirksleiter, Kollege Gierk, das Wort zu seinem Vortrag über „Die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens auf christlicher Grundlage“. In packender Weise schloß er die Redner, wie gerade in der Gegenwart und auch in der Zukunft die Gewerkschaften notwendig sind und welche Verhängnis es für die Arbeiterschaft bedeuten würde, wenn sie sich von den Kadavern oder von den Geisteserfänger läßt. Nur eine Gewerkschaft, die wie unser Christlicher Metallarbeiterverband auf christlicher und gesetlicher Grundlage arbeitet und sich auch in den schwierigsten Situationen nicht beirren läßt, sei in der Lage, den großen Anforderungen zu genügen die künftig an die Gewerkschaften gestellt werden. Opfermüdigkeit, Einigkeit und Treue im Christlichen Metallarbeiterverband sind die Wege zu einem Aufstieg der Metallarbeiter.

In seinem Schlusswort fasste Kollege Weißflog nochmals das Ergebnis der Versammlung zusammen und zeigte, daß im Geiste der Einmütigkeit der Verband weiter vorwärts kommen wird.

Bestand. In den Tagen vom 24 bis 27. Januar fanden in der Bekdorf und Umgebung einige Versammlungen statt, in denen Kollege Duden von der Verbandszentrale über das Thema „Kirche und soziale Frage“, sprach. Der Ausgangspunkt des Vortrages war die „soziale Volkshilfe“ des Deutschen evangelischen Kirchentages vom Juni 1924, deren Entstehung und Inhalt dargelegt wurde. Die evangelische Arbeiterschaft hat diese Kundgebung freudig begrüßt, was besonders auf der evangelisch-sozialen Führertagung im August 1924 zum Ausdruck kam. Als Teilvortrag der sozialen Frage kann man auch die Gewerkschaftsfrage ansehen, die Frage, ob und wie man gewerkschaftlich organisiert sein soll. Hier hat sich die evangelisch-soziale Führertagung für die christlichen Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessensvertretung und für die Evangelischen Arbeitervereine zur notwendigen Aufgabe evangelischer Gesinnung ausgesprochen. Der Redner legte näher dar, wieviel Vorurteil und Mißtrauen gegenüber den christlichen Gewerkschaften unbegründet ist. Die Interkonfessionalität, d. h. die Zusammenfassung von Angehörigen beider christlichen Konfessionen ist für die christlichen Gewerkschaften in Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit. Ohne friedliche Zusammenarbeit beider Konfessionen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, wird eine deutsche Volksgemeinschaft nicht möglich sein. Konfessionelle Streitfragen müssen auf geistlichem Gebiet ausgefochten werden. Die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften erstreckt sich auf alle nichtsozialistischen Parteien, denen christliche Gewerkschaftler angehören, und das ist sowohl beim Zentrum, als auch bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei der Fall. Schließlich auch noch bei den Völkisch-sozialen und Demokraten.

Die evangelischen Arbeiter haben sich in der Vergangenheit vielfach von der Gewerkschaftsarbeit ferngehalten, weil die evangelische Kirche gegenüber sozialen Fragen Zurückhaltung übte. Das ist jetzt anders geworden. Auf der großen Jubiläumstagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften am 12. Oktober 1924 in Köln erschienen Vertreter der höchsten Spitzen beider christlichen Kirchen. Neben Kardinal-Erzbischof Dr. Schulte (Köln) beauftragte der Präses der rheinischen Provinzialkonferenz Svmt. Dr. Wolff (Wachen) als Vertreter des Deutschen evangelischen Kirchenschulrates die christlichen Gewerkschaften zu ihrem Jubiläum. Das ist ein in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt noch nicht dagewesener Vorgang. Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands sind hier vorangegangen und haben gezeigt, daß Kirche und Arbeiterverbände zusammengehören — Es muß auch mehr Aufmerksamkeit darüber geschaffen werden, daß evangelische Arbeiter nicht in die sozialistischen Gewerkschaften gehören, die von jeher antireligiös kirchlich- und christenfeindlich waren und es heute noch mehr denn je sind. Vielmehr ist für die evangelischen Arbeiter eine Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften erforderlich.

Christen dürfen nicht abseits stehen. Es ist der Christen sittliche Pflicht, ihre ganze Kraft in die Wagnisse zu werfen, nicht nur im Weltanschauungskampf, sondern auch im Kampf zwischen Kapital

und Arbeit, damit zwischen beiden Faktoren ein gerechter Ausgleich geschaffen wird auf Grund des größten sozialen Gebotes aller Zeiten: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“

Die Ausführungen wurden überall mit großem Beifall aufgenommen, und die nachfolgenden Aussprachen zeigten, daß man die Notwendigkeit einseh, sich mehr als bisher um christliche Gewerkschaftsarbeit zu bemühen. Mögen die Versammlungen dazu beitragen, überall dort, wo Laubbild vorhanden war, wieder gewerkschaftliches Leben unter unsern Kollegen zu entfachen.

Frankfurt a. Main. Unsere Generalversammlung fand am Sonntag, dem 1. Februar 1925 im Saale „Zur Reichsmesse“ statt. Bei der Erhaltung des Jahresberichtes erinnerte der Geschäftsführer Neudeck an den finanziellen Zusammenbruch im Jahre 1923. Die Einführung der Rentenmark wirkte wie eine Operation an einem kranken Patienten, indem zunächst eine weitere Schwächung des Gesamtzustandes in unserem Wirtschaftsleben zu verzeichnen war. Kapitalmangel, Überlastung der Wirtschaft aus der Inflationszeit hatten zur Folge, daß eine ganze Anzahl Betriebe für längere Zeit geschlossen oder auf Kurzarbeit gestellt wurden. Das Meer der Arbeitslosen vermehrte sich ins Ungeheure. Das war die Situation unserer Wirtschaft zu Anfang des Jahres 1924. Dann kam es zur Landkonferenz und zur Annahme des Dawes-Abkommens, welches auch den Zweck hat, die deutsche Volkswirtschaft wieder in Gang zu setzen, um Ertragsmisse daraus zu ziehen. Die 800 Millionen Anleihe soll das fehlende Betriebskapital ersetzen. Alle verantwortlichen Wirtschaftspolitiker hatten sich sofort auf dem Boden dieses Sachverständigen-Gutachtens gestellt. Nach dessen Annahme ist tatsächlich eine langsame aber feste Besserung im Wirtschaftsleben zu verzeichnen gewesen. Mit aller Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß die langsame Besserung auch weiterhin anhalten wird.

Die so veränderten Verhältnisse wirkten sich ebenfalls in der Lohnpolitik aus. War es während der Inflation nicht allzu schwer, wöchentliche Lohnhöhungen durchzuführen, so mußte im Jahre 1924 wie in früherer Zeit um Pfennige gekämpft werden. Bei Einführung des Geldlohnes, forderten die Arbeitgeber, daß der Lohn 20 Prozent niedriger sein muß, als wie der Friedenslohn. Dieses Verlangen kann selbstverständlich die Arbeiterschaft nicht anerkennen. Jedoch waren die Organisationsverhältnisse so ungünstig, daß die Interessen der Metallarbeiter nicht genügend wahrgenommen werden konnten. Die Schuld liegt an dem Verhalten der Arbeiterschaft selbst. Zu Anfang des Jahres betrug der Spitzenlohn 52 Pfennig und 2 Pfennig soziale Zulage; am Schlusse des Jahres 60 Pfennig und 2 Pfennig soziale Zulage. Durch die Anstrengungen der Gewerkschaften ist nach dieser Hinsicht ein Erfolg zu verzeichnen. Immerhin steht fest, daß die Löhne der Metallarbeiter noch 25—30 Prozent hinter der gestiegenen Lebenshaltung zurückstehen. Eine Besserung auf diesem Gebiete kann nur erreicht werden, durch Stärkung der Organisation. Die Wiedereinführung der 3 geteilten Schicht in den Kokerereien und Hochofenwerken ab 1. April dieses Jahres bedeutet den Anfang der Wiedereinführung des 8-Stundentages in der gesamten Metallindustrie. Es ist dies der Erfolg einer Eingabe des Christlichen Metallarbeiterverbandes vom 7. Mai vorigen Jahres. In seinen weiteren Ausführungen berichtet Kollege Neudeck über die letzte Lohnbewegung. Diese habe nun nicht befriedigen. Es ist notwendig, daß die Organisationen bis zum April eine weitere Stärkung erfahren, um nach Ablauf des Tarifs die berechtigten Forderungen vertreten zu können.

Die Mitgliederentwertung zeigt, daß der niedrigste Stand im April zu verzeichnen ist. Von da ab ist eine Aufwärtsbewegung zu beobachten. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben die finanzielle Entwicklung in starkem Maße beeinflusst. Eine Beitragserhöhung war daher eine eiserne Notwendigkeit. Durch die restlose Durchführung der neuen Beitragserhöhung wird die Organisation recht bald wieder ihren alten Erfolg zurückgewinnen. Notwendig ist, daß die Arbeiterschaft den Wert der Organisation wieder in stärkerem Maße anerkennt. Es gibt nur ein Weg zum Wiederaufstieg der Arbeiterschaft und das ist die Organisation. Nicht nur zahlenmäßig müssen die Organisationen gestärkt werden, sondern die Mitglieder müssen ihrer Berufsorganisation ein größeres Interesse entgegenbringen und sich bereitwillig in deren Dienst stellen.

In der Diskussion erinnerte Kollege Lauterbach an die Begeisterung, die vor 25 Jahren bei Gründung der Organisation vorhanden war. Derselbe Begeisterung müsse wieder eintreten. Kollege Hartart befürwortete die Auffassung von Mann zu Mann. Eine Resolution, die sich gegen die sozialreaktionären Bestrebungen weiter Arbeitgeberkreise richtet und gegen die zurzeit ungenügenden Tariflöhne, wurde einstimmig angenommen. Bezirksleiter Wesp begrüßte die Generalversammlung und erkennt die Ausführllichkeit des Geschäftsberichts an. Er erinnert an die gewaltigen Beträge, die die Ruhrindustrieellen als Entschädigung für die Ruhrbesetzung und Wicunverträge erhalten. Die Schäden auszugleichen, die die Arbeiterschaft erlitten hat, hat man vergeblich versucht. Aus diesen Vorgängen müssen wir lernen, was man der Arbeiterschaft zu bieten dürfen glaubt. In der Vorstandswahl dankt der Geschäftsführer allen Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern. Die Wiederwahl fällt sämtlich der Mitglieder mit dem bewährten Vorsitzenden August Kunz, Oberursel, zu, welches Vertrauen der Mitgliederschaft diesen entgegenbringt. Punkt Verschiedenes ladel der Vorsitzende die Frankfurter Kollegen zu der am 8. März in Oberursel stattfindenden Jubiläumstagung ein. Im Schlusswort konnte Kollege Neudeck mit Befriedigung feststellen, daß alle Kollegen, die an der Diskussion teilgenommen haben, nur den Willen zum Ausbruch brachten, die Organisation muß gestärkt werden. Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung wurde allgemein anerkannt. Die Begeisterung soll jedoch kein Tagesereignis sein, sondern soll nachhaltig wirken. Mit der fortgeschrittenen Stärkung der Organisation werden auch die Interessen der Metallarbeiter energischer vertreten werden können. Mit einem Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband schloß der Vorsitzende nach 3 1/2-stündiger Dauer die Generalversammlung.

Köln. In einer Vertrauensmännerversammlung des Christlich. Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Köln, sprach am Sonntag, dem 25. Januar 1925 Bezirksleiter Kollege Burgard-Duisburg über Fragen, die die Arbeiterschaft in der jetzigen Zeit besonders bewegen.

U. a. führte er aus: Nach der Revolution hatte Deutschland die Hoffnung, die Vorzüge eines Volksstaates kennen zu lernen. Nach fünf Jahren stellte sich jedoch heraus, daß wir keinen Volksstaat, sondern einen ausgeprägten Beamtenstaat haben. Alle Welt, insbesondere die Arbeiterschaft fragt sich, woran liegt das? Viele plausible Gründe sind dafür beizubringen. Nach dem Kriege, in Verfolg der Revolution strömten die Arbeiter in die Gewerkschaften, obwohl in dieser Zeit die Belange der Arbeiter durch die politische Macht weitgehende Beachtung fanden. Eine ungeheure Flut von Bestordnungen, Gesetze und Reglementierungen regnete es plötzlich über den deutschen Staatsbürger herab, für die er früher lange kämpfen mußte. Hinzu kam, daß die Gewerkschaften den Geist des Massenstroms nicht ganz umfassen konnte. Die gewerkschaftliche Schulung u. Erziehung konnte nicht in ausreichendem Maße geleistet werden. Die innere Ueberzeugung für die Notwendigkeit der Organisation fehlte, man machte mit, weil es eben modern war. Unter diesen Umständen konnte die Zeit nicht fern liegen, wo wieder ein Abflauen des Gewerkschaftsgedankens Tatsache werden mußte. So sind wir wieder dahin gekommen, daß die Beamten sich der Führung des Staates wieder bedürftig machen konnten und heute unter Mitwirkung der Industriebarone, die erste Geige spielen. Jetzt

aber, wo durch den Staat nichts oder nur wenig für die Arbeiter getan wird, laufen die Arbeiter ihren Organisationen fort. Zurzeit sind große Mitgliederzahlen und gute finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften notwendig, um einen entsprechenden Einfluss auf die Maßnahmen der Regierung ausüben zu können. Die Zahl, der in den Parlamenten tätigen Gewerkschaftsführer ist im Verhältnis zur Stimmzahl zu gering. Es fällt auch außerordentlich schwer, als Gewerkschaftler auf den trümmigen Wegen der Politik sich wohl zu fühlen. Nur geistig hochstehende und weitblickende Gewerkschaftler werden sich auf die Dauer auf diesem glatten Boden halten können, sie müssen aber dabei sein, um die Interessen der Arbeiter auch politisch wahrzunehmen. Der Gewerkschaftler hat sich weniger um die Politik, sondern vornehmlich um Wirtschaftsfragen zu kümmern. Die Wirtschaft ist es vor allen Dingen, die uns am meisten interessiert und Sorgen bereitet. Wie die Wirtschaft gestaltet ist, darauf kommt es vor allen Dingen bei der Regelung aller gewerkschaftlichen Fragen an. Die deutsche Wirtschaft wurde in den letzten fünf Jahren in großem Maße von unseren Gegnern beeinträchtigt, Befehung des wichtigsten Industriegebietes, Verdrückung und Beschlagnahme wichtiger Betriebe, Ausbeutung derselben, und zum Schluss die Ruhraktion, taten ein Übriges. Nach dem Zusammenbruch der Ruhraktion war der Zeichenverband der erste, der mit dem Gegner verhandelte und in seinen Werken einen Anschlag über die längere Arbeitszeit erließ. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Gegnern war das Micum-Abkommen, das ohne die Gewerkschaften abgeschlossen wurde. Das war ein Verrat des deutschen Unternehmertums an der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeiter litten furchtbar unter den Lasten, schlechten Löhnen, langen Arbeitszeiten. Die Unternehmer ließen sich zur Zeit tiefste Entschädigungen zahlen und die Arbeiterschaft geht leer aus.

Wie war es im Jahre 1924? Das Arbeitszeitabkommen war der Rettungsanker, auf dem die Arbeiterschaft wieder aufbauen konnte. Nicht das Berliner Arbeitszeitabkommen vom Dezember 1923 ist Schuld an der langen Arbeitszeit in den Werken. Die Arbeiterschaft war durch die lange Arbeitslosigkeit zermürbt, sodass die Unternehmer mit Leichtigkeit zum Schläge auszuholen konnten. In derselben Zeit als die Unternehmer rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgingen, nahmen auch die Angestellten und Beamten dieselbe Stellung ein. Mit materiellen Gütern wurden diese Menschen gewonnen, dem Unternehmertum zu helfen, die Arbeiterschaft zu knechten. Dazu ein Beispiel: Nach genauen Unterlagen haben 3075 Angestellte eines Unternehmens in der Nordwestgruppe im Juni 1924 ein Durchschnittsmonatsverdienst von 335.— M im Monat, in einer Zeit, als ein Facharbeiter kaum 50 Pfennig pro Stunde verdiente. In den genannten Durchschnittsgehältern ist der kleinste Stiff eingerechnet. Die Profuratoren und Direktoren des Unternehmens sind von der Berechnung ausgeschlossen. Wir können den Angestellten ein auskömmliches Gehalt, solange aber die Industriellen in aller Welt die Meinung vertreten, die Löhne dürfen nicht erhöht werden, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, ist es auch nicht zu rechtfertigen, wenn einzelne Personen Gehälter bis zu 100.000.— M und mehr pro Jahr beziehen. Solche Summen müssen aus den Werten herausgesprengt werden ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit. In einem Hochofen wurden im April 1922 pro Mann und Monat 38 Tonnen erzielt, im Jahre 1924 dagegen 63,4 Tonnen. Im Lohmasewerk 1922 76 Tonnen pro Mann und Monat, im Jahre 1924 135 Tonnen. Im Martinwerk im Jahre 1922 56,4 Tonnen, im Jahre 1924 109,2 Tonnen. Der Redner machte sehr interessante Ausführungen über die Arbeitsmethode, danach stellt sich das Unternehmertum auf den Standpunkt, die Aufträge in kurzer Frist herauszuschaffen, um dann die Arbeiter rücksichtslos auf die Straße zu werfen. Alles in allem hat sich die deutsche Schwerindustrie amerikanisch eingestellt und springt mit der Arbeiterschaft schlümmern um, als in der Vorkriegszeit. Um hier Abhilfe zu schaffen machte der Christliche Metallarbeiterverband eine Eingabe an die Reichsregierung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer hielten das Berliner Arbeitszeitabkommen nach keiner Richtung ein. Sie bearbeiteten die Öffentlichkeit ob anderer Verfahren. Zwei Profuratoren sandten sie in die Welt, die die gewerkschaftliche Arbeit, insbesondere die Arbeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes verkleinern wollten. Seit dieser Zeit führen wir mit der Industrie einen erbitterten Kampf. Das Ergebnis ist, daß die neue Reichsregierung für die Arbeiter an den Hochofen und Koferebetrieben die achtstündige Arbeitszeit durch Verordnung einführen will. Wollen wir für die übrigen Arbeiter dasselbe erreichen, ist die Selbsthilfe das erste Gebot der Stunde. Wir müssen uns selber helfen, denn auf die Hilfe des Staates, wie er heute besteht, ist für die Arbeiterschaft kein Verlaß und von ihm ganz bestimmt ohne starke Gewerkschaften wenig Gutes zu erwarten.

Mutig müssen wir an die Arbeit gehen. Der gewerkschaftliche Gehalt und die gewerkschaftliche Selbsthilfe müssen wieder als Ziel und Richtpunkt der Arbeiterschaft vor Augen stehen. Mehr als in früheren Zeiten gilt es zu arbeiten und zu schaffen. Unsere Forderungen müssen wir darum in erster Linie an andere Arbeitsschichten richten, welche lauten: hinein in den Christlichen Metallarbeiterverband. Opfern dem Scherstein für die Arbeiterschaft, für unsere Arbeiterbrüder und Kollegen. Wenn das zur Tat geworden ist, dann können wir als starke Metallarbeiterorganisation Abbau der Arbeit, gerechte und hohe Löhne durchzuführen, unseren Einfluss auf die Wirtschaft ausüben und den Kampf gegen die Auswüchse der Kartelle, Trusts und Syndikate mit Erfolg durchzuführen. Eine entsprechende Entschädigung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Branchenbewegung

Arbeiter Kampf im Klempnergewerbe.

Bochum. Für einen Teil des Industriegebietes von Düsseldorf einschließlich bis Bochum einschließlich, besteht für das Klempner- und Installationsgewerbe ein Bezirksrat. Am 29. November wurden dem Westdeutschen Landesverband im Installations- und Klempnergewerbe Lohnforderungen unterbreitet, ohne eine bestimmte Summe zu nennen. Der Lohn eines Gehilfen über 23 Jahre betrug 80 Pfg. Die Arbeitgeber lehnten durch Schreiben vom 6. Dezember jede Lohnerhöhung ab. Der angesehene Schlichter verlangte das bestehende Lohnabkommen durch Schiedspruch bis zum 1. Januar 1925, setzte aber gleichzeitig als neuen Verhandlungstag den 5. Januar fest. Die Schlichterkammer sollte in derselben Besetzung an diesem Tage die Entscheidung über die jährliche Lohnregelung im Klempnergewerbe fällen. Der gefällte Schiedspruch brachte eine Lohnerhöhung von 5 Pfg., Erklärungsfrist bis zum 12. Januar. In der Zwischenzeit waren unsere Kollegen an einzelnen Stellen an die örtlichen Zunungen herangetreten, um so die Lohnbewegung zu beschleunigen, und vor allen Dingen ein höheres Ergebnis, wie es der Schiedspruch vorsah, zu erzielen. Es wurden auch Anfragen gemacht, und der Arbeitgeberverband setzte erneut Verhandlungen an, die am 12. Januar in Essen stattfanden. Die Bezirkskonferenz, die über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entscheiden sollte und am 11. Jan. stattfand, konnte nicht diesen Beschluß fassen, sondern das Ergebnis der Verhandlungen abwarten, um dann erneut zu der Frage Stellung zu nehmen. Bescheidener Weise machte der Arbeitgeber in der Verhandlung kein neues Angebot, sondern teilte nur mit, daß sie bereit seien, den Schiedspruch anzunehmen. Ein Teil der Arbeitgeber war auch in dieser Verhandlung noch bereit, über den Schiedspruch hinauszugehen und weitere Ver-

handlungen nach einigen Tagen in Aussicht. Die Klempnergehilfen lehnten den Schiedspruch ab und traten nachdem die Abstimmung vorgenommen war, am Freitag, den 16. Januar in den Streik. Bestreikt wurden die Städte Düsseldorf, Duisburg, Bochum und Essen. Die Arbeitgeber saßen den Beschluß, im ganzen Bezirk auszuperrern. Ausgeführt wurde dieser Beschluß nur von einigen Firmen. Bezeichnend war die Einstellung der Arbeitgeber bei den erstmaligen Einigungsverhandlungen vor dem Schlichter. Aus ihren Ausführungen ging deutlich hervor, daß sie keine Zugeständnisse machen könnten, selbst wenn sie es wollten, weil die Industrie und der Bergbau sie daran hindere. Nach dreiwöchentlichem Kampf wurden die Parteien erneut vom Schlichter zu Einigungsverhandlungen geladen, die am Donnerstag, den 5. Februar stattfanden.

Der an diesem Tage gefällte Schiedspruch hat folgenden Wortlaut:

- Schiedspruch:**
1. Der tarifliche Spitzenlohn beträgt ab 1. Januar 1925 85 Pfg., ab 20. Februar 1925 90 Pfg. je Stunde.
Die übrigen Stundenlohnsätze verändern sich im gleichen Verhältnis.
Diese Regelung kann mit monatlicher Frist gekündigt werden, erstmalig zum 1. Mai 1925.
 2. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streikes finden nicht statt. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Die Arbeit ist am Montag, den 8. Februar 1925 spätestens wieder aufzunehmen.
 3. Die Erklärungsfrist läuft bis Samstag, den 7. Februar 1925.

Der Vorsitzende: Herr Schöbel.

Stempel: Die anwesenden Parteivertreter erklärten, sich für die Annahme des Schiedspruches einzusetzen.

Durch den Kampf war eine weitere Erhöhung von 5 Pfg. erzielt worden. Die Abstimmung in den einzelnen Orten ergab

Auf mich kommt es nicht an...

Der Gewerkschaftler, der den tiefsten Sinn der Arbeiterbewegung erfaßt hat, und weiß, daß die traurigen Verhältnisse der Arbeiterschaft nur durch festen Zusammenwühl aller Arbeitnehmer gemindert bzw. beseitigt werden können, begegnet bei seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit nur zu oft dem Einwand, daß die Arbeitgeber doch machen, was sie wollen und daher doch nichts geändert werden könne. Einer meiner Bekannten fügt in der Regel noch hinzu: „Ob ich nun mit dabei bin oder nicht, spielt gar keine Rolle. Ich bin ja nur ein „einzelner“, und auf den kommt es ja schließlich nicht an.“

Die Häufigkeit, mit der eben dieser Einwand gemacht wird, läßt es notwendig erscheinen, um einmal mit dem „einzelnen“, auf den es „nicht ankommt“, ein wenig zu beschäftigen und ihn uns etwas näher anzusehen. Dieser einzelne ist ein alter Bekannter, jeder vorwärtsstrebende Gewerkschaftler kennt ihn, er ist überall zu Hause und befindet sich sowohl in der Jugend, dem Jünglings- und dem Mannesalter. Was die Häufigkeit seines Auftretens anbelangt, könnte man versucht sein, anzunehmen, daß er am besten im Jugend- und Jünglingsalter gebräut. Wir begegnen ihm in der Werkstätte, im Verein, bei der Hausagitation, selbst in Versammlungen, und alle Maßnahmen, er möchte doch der Gewerkschaftsbewegung etwas mehr Interesse entgegenbringen, verfallen und werden mit dem Einwand abgelehnt, er sei ja nur ein „einzelner“, könne die Sache also doch nicht beeinflussen, und auf ihn komme es nicht an. Gibt es schon eine gut ausgearbeitete Organisation am Orte, dann erklärt er festschüssig: Wo schon so viele für den Verband tätig seien, sei er doch vollständig überflüssig, im übrigen sage ihm sein Verein mehr zu, und er hätte schon jenseits viel zu viel an den Ohren. Gibt es keine oder nur eine schwache Organisation wie in den Außenbezirken unseres Verbandes, so führt ihn das auch nicht im mindesten, denn er allein könne den Kampf doch nicht gewinnen.

Die große christlich-nationale Arbeiterbewegung besteht bekanntlich aus lauter „einzelnen“, die aber nicht einzeln bleiben wollten, sondern sich zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenschlossen, während mein Bekannter allein bleiben will. Aber selbst innerhalb der Bewegung zeigen sich Erscheinungen, die mit dem Verhalten meines Bekannten in Parallele zu stellen sind. Denn der Typus, der angibt, daß es auf ihn bei der praktischen Verbandsarbeit nicht ankommt, ist sehr reich vertreten. Hat z. B. der Ortskassierer mit vieler Mühe einen Kollegen ausfindig gemacht, der ihm als Unterbakterer geeignet erscheint, und wendet er sich nun an ihn, das Amt zu übernehmen, dann erhält er in der Regel die Antwort: „Es sind ja noch so viele andere da, die mehr Zeit haben als ich; warum soll ich es nun gerade sein, auf mich kommt es doch schließlich nicht an.“ Dasselbe wiederholt sich bei den Vorbereitungen zur Wahl der Betriebsräte, wo auch der „einzelne“, auf den es nicht ankommt, in allzu reichlicher Maße angetroffen wird. Fordert der Vorstand in einer Versammlung die Mitglieder zur Hausagitation auf, nachdem er mit großem Fleiß an der Bekämpfung des Streifenmaterials gearbeitet hat, so zeigt sich, daß derjenige, auf den es nicht ankommt, an dem Tage, an dem die Hausagitation stattfinden soll, durch Abwesenheit glänzt, und was tut es, wenn von einer größeren Zahl Kollegen, die ihre Mühe beizubringen, schließlich nur ein einziger erschien, denn alle übrigen sagten sich, es sind ja so viele, die dabei mitmachen, also kommt es auch mich doch nicht an, und ob es einer mehr oder weniger ist, spielt keine Rolle, denn dadurch wird der Kampf doch nicht gefördert. Daß der Beschluß der Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen des Verbandes, selbst dann, wenn es gilt, in der Öffentlichkeit Eindruck zu erwecken, von meinem Bekannten, auf den es nicht ankommt, im ungünstigsten Sinne beeinflusst wird, verkennt sich von selbst, aber noch viel es noch fähiger, wenn er sich sogar unter den Funktionären und Betriebsräten häuslich niederlassen hat? Soll es doch Funktionäre und Betriebsräte geben, die dem Gedanken, daß es auf sie nicht ankomme, so folgerichtig huldigten, daß sie das ganze Jahr hindurch auch nicht einer einzigen Versammlung des Verbandes beizuwohnen.

„Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr“, ist ein altes Sprichwort. Mein Bekannter, auf den es nicht ankommt, läßt diese Tugend der Bescheidenheit in größtmöglicher Umfassung, achtet sich selbst so gering, macht sich so klein und unscheinbar, daß er sich selber wundern, wenn man wieder Notiz von ihm nimmt. Da er ein guter alter Bekannter ist, läßt es sich nicht vermeiden, ihm mal, wie es kommt, ein freundliches oder auch ein hartes Wort zu sagen.

So fühle ich als kein alter Bekannter mich erst recht verpflichtet, ihm einiges zu sagen, da ich doch die Hoffnung habe, den einen oder anderen abzuhalten, in das Lager meines Bekannten überzuwechseln. Denn es ist ein ganz gefährlicher Versuch, mag er auch noch so harmlos ausfallen. Darin nichts ist so viel Unheil, Jammer, Unterdrückung und Not in die Reihen der Arbeiterschaft hineingetragen als durch ihn. Er ermutigt geradezu die Gegner der Arbeiterschaft und die widerer Bewegung in ihrem Kampf gegen Arbeiterräte und unsere christliche Weltanschauung. Wie sich kein Verhalten in der Praxis auswirkt, dazu einige Beispiele.

nicht mehr die nach den Verbandsstatuten notwendige Mehrheit für die Weiterführung des Streiks, so daß am Montag, den 9. Febr. die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen wurde.

Die Kollegen mögen aus diesem Streik die Lehren ziehen und unermüdet für die Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes sorgen, denn es wird in Zukunft um jeden Pfennig Lohn-erhöhung oder sonstige Verbesserungen hart gekämpft werden müssen. Den Unorganisierten und allen Kollegen aber, die sich noch nicht dazu haben aufschwingen können, der Organisation anzuschließen, oder ihre Beiträge in der richtigen Klasse zu leisten, sei gesagt, daß mancher Streikende oder ausgeperrter Kollege es bitter bereut am falschen Ende geparrt zu haben.

Bekanntmachung

Am Sonntag, 22. Februar, ist der 9. Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

Nach Essen. Man hat die Essener Vertrauensleute einmal eine Elite genannt. Es ist ohne Zweifel viel wahres dran. Wie steht es mit den Aufnahmen im neuen Jahr?

Chabjoh (Südbanern). Wer ein „jünglicher Gewerkschaftler“ sei, fragst du? Das werden Dir in der Werkarbeit für unseren Verband schon die Münchener Kollegen beweisen.

Aue (Erzgebirge). Recht so! Steter Tropfen höhlt den Stein, und mit gewohnter Zähigkeit werden sich auch unsere Kollegen im Erzgebirge ihre gewerkschaftliche Position erringen. Sie sind auf gutem Wege dazu.

Bei den vorigen Betriebsratswahlen haben wir an unserm Ort rund 1500 Stimmen auf unsere Listen vereint. Auch das waren lauter einzelne und unterschieden sich von meinem Bekannten dadurch, daß jeder dachte, „auf mich kommt es an“, während er den gegenteiligen Standpunkt einnimmt. Diese Stimmen haben unsere Gegner zum Bewußtsein gebracht, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft mächtig ist, daß sie wächst und ihren Einfluß stärkt. Daher das Bestreben, sie mit allen nur möglichen Mitteln wieder zu schwächen. Derjenige aber, „auf den es nicht ankommt“, hat sich inzwischen auch im Lager unserer Wähler niedergelassen, denn bei der Abwehr unwahrer gegnerischer Behauptungen hält er sich in allzu großer Bescheidenheit zurück, ja vielfach findet sich nicht ein einziger, der für den Verband eintritt. Ist es doch keine Seltenheit, daß christlich organisierte Kollegen auf der Arbeitsstelle schamhaft ihre Zugehörigkeit zu unserem Verbande verleugnen und es nicht übers Herz bringen, von Gegnern bedrängten Kollegen beizuhelfen, fürchten sie doch, sich deren Spott anzusehen.

Mein Bekannter, „auf den es nicht ankommt“, liest auch keine Verbandszeitung, denn die Probleme, die darin besprochen werden, interessieren ihn nicht. Er besucht grundsätzlich keine Versammlungen, dagegen ist er in allen möglichen Klümbimodereinen und am Biertisch zu finden, wodurch selbstverständlich für kein „geistiges“ Wohl besser geforgt ist als es in den „trodenen“ Versammlungen geschehen könnte. Er tut nichts um sein Wissen in volkswirtschaftlichen Dingen zu bereichern, und erst recht nichts, was ihn in die Lage versetzen könnte, dem Gegner gewappnet gegenüberzutreten zu können. Jede Schulungs- und Bildungsmöglichkeit lehnt er strikt ab, denn es sind ja so viele andere, die davon Gebrauch machen, und so kommt es doch auf ihn nicht an. Eine Unterfertigung unserer Tageszeitung, des „Deutschen“, fällt ihm erst recht nicht ein, ist doch kein Leibblatt der „Generalanzeiger“, dessen geistige Kraft ihm besser zukommt, trotzdem er nie verputzt hat, diejenige des „Deutschen“ kennen zu lernen. Was tut es, ob schließlich der „Deutsche“ eingeht, auf ihn kommt es dabei doch ganz gewiß nicht an.

Viele Schriften sind über den Werdegang und das Wollen unseres Verbandes und unserer Bewegung herausgegeben, und die wichtigsten Köpfe der Bewegung haben gearbeitet, um die Arbeiterschaft auf die richtigen Bahnen zu lenken. Sie trachteten danach, Bausteine für den stilllichen und wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterschaft zu liefern. Es waren die einzelnen, die Wieder, Stegerwald und wie sie heißen mögen, die einsprangen, der Arbeiterschaft zu helfen, und deren Arbeit von einer so ungeheuren Wichtigkeit war und heute noch ist. Sie sind in Wahrheit die einzelnen, die wenigen, auf die es nicht ankommt, aber gerade auf dich, mein Freund, kommt es an. Du magst es nun anstellen, wie du willst, dich noch so klein und unscheinbar machen, dich hinter deine Berufsarbeit verbergen oder auch konstant untertauchen, dann wird dein Los doch dasselbe sein wie das deiner übrigen Arbeitsschichten. Entweder wirst du die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit einsehen, oder im Lager ihrer bewußten oder unbewußten Gegner untertauchen und bleibst dann, ob du dich auch noch so klein machst, eine „Gans“ in der jeweiligen Statistik. Aber gerade bei den Gegnern wird man mit dir, dem „einzelnen“, prägnant, trotzdem es doch deiner Meinung nach auf dich nicht ankommt.

Von allen Irrtümern, die in der Arbeiterschaft anzutreffen sind, ist der oben gekennzeichnete der schlimmste und gefährlichste. Die Reichserfahrung lehrt dir die Koalitionsfreiheit, so daß es dir möglich ist, für deine Überzeugung einzutreten und für sie zu kämpfen. Du aber willst lieber deine Kräfte haben und stillhalten, wenn andere dich treten und erniedrigen dich so zum Sklaven. Deine Arbeitsschichten bitten dich, mit in ihren Reihen gemeinsam an der Bewirklichung der besten Ziele zu arbeiten, du aber sagst: „Was habt ihr denn von mir, ich bin ja doch nur so ein kleines Licht, und auf mich kommt es doch nicht an.“

Und doch bist gerade du es, auf den es ankommt, wie ich dir schon oben sagte. Als „einzelne“, sind die Arbeiter schuklos der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben, erst als gewerkschaftlich organisierte Masse werden sie eine Macht, die die Arbeiterbelange zu schützen in der Lage ist. Die richtige Zahl der „einzelnen“ hat so manche beachtete Verbesserung verhindert. Das wird sofort anders, wenn ihr „einzelnen“ es wollt. Und ihr müßt wollen und diesem Wollen die Tat folgen lassen, gehört ihr doch zur Arbeiterschaft und leidet mit ihr.

Schließt euch darum zusammen, tretet ein in unseren Christlichen Metallarbeiterverband, kämpft gemeinsam mit euren anderen Arbeitsschichten, schließt euch nicht selbst aus, wenn es gilt, irgendeine Arbeit im Interesse des Verbandes auszuführen, beruht die Bildungs- und Schulungsmöglichkeiten, die euch der Verband bietet, beugt eifrig die Versammlungen und helft mit allen zu Gebote stehenden Kräften mit den Christlichen Metallarbeiterverband zu einem Machtfaktor in allen Gauen unseres Vaterlandes zu machen. Von heute ab müssen die Fesseln des Selbstbetrugs endgültig gesprengt sein, denn es ist ja gar nicht wahr, was du mir immer sagtest, daß es auf dich nicht ankomme, im Gegenteil, gerade auf dich kommt es an.
P. R.